

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Klaus Weichel
Im Hause

23.02.2020

cc: Referat Organisationsmanagement
Ratsverwaltung Andreas Keilhauer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Stadtratssitzung am 02.03.2020 bitten Sie die Fraktionen von CDU, Grünen und FWG um Aufnahme des folgenden Tagesordnungspunktes:

Finanzierung Stadiongeseellschaft

Die Fraktionen stellen folgende **Anträge**:

1. Der Stadtrat beschließt die beigefügte Resolution und richtet diese an die Landesregierung, insb. an den Innenminister Roger Lewentz.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit der Landesregierung über eine für die Stadt Kaiserslautern dauerhaft tragfähige Finanzierung der Fritz-Walter-Stadion GmbH zu verhandeln. Das Verhandlungsziel ist eine finanzielle Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Stadiongeseellschaft. Für den städtischen Finanzierungsanteil wird der Innenminister gebeten die ADD anzuweisen, notwendige Kapitalzuführungen der Stadt an die Stadion GmbH nicht dem freiwilligen Leistungsbereich anzurechnen.

Mit freundlichen Grüßen

Stadtratsfraktion FWG



Franz Rheinheimer
Fraktionsvorsitzender

Stadtratsfraktion Bündnis 90/
Die Grünen



Tobias Wiesemann
Fraktionsvorsitzender

Stadtratsfraktion CDU



Michael Littig
Fraktionsvorsitzender

Resolution:

Das Finanzierungsmodell der Fritz-Walter-Stadiongesellschaft wurde federführend vom damaligen Finanzstaatssekretär (und späteren Finanzminister) Prof. Ingolf Deubel entworfen. Da sich dieses Modell nunmehr aufgrund des sportlichen Misserfolgs des 1. FCK als nicht nachhaltig erwiesen hat, ist es dringend geboten dass das Land gemeinsam mit der Stadt Kaiserslautern ein langfristig tragbares Finanzierungsmodell findet, welches der Stadt und dem FCK Planungs- und Rechtssicherheit gibt.

Der früheren Landesregierung musste bewusst gewesen sein, dass im Falle des Abstiegs des FCK eine Finanzierungslücke entstehen würde. Der Stadtrat Kaiserslautern appelliert daher an die Landesregierung, die Stadt nun mit den Finanzierungsproblemen der Stadiongesellschaft nicht allein zu lassen. Der Stadtrat fordert vom Land daher eine finanzielle Unterstützung für die Stadiongesellschaft. Dem Rat ist bewusst, dass die Stadt hierauf keinen Rechtsanspruch hat. Die Tatsache, dass in der Vergangenheit schon mal eine Beteiligung des Landes erfolgte, belegt jedoch eine zumindest moralische Verpflichtung des Landes. Eine Mitverantwortung von Stadtrat und Stadtvorstand von damals ist unbestritten. Alle wollten die WM, Diskussionen über mögliche Risiken in die Zukunft vertagt. Dennoch ist es der Stadt unmöglich, sich aus ihrer Lage aus eigener Kraft zu befreien.

Der Stadtrat begrüßt, dass die Landesbehörde ADD die Kapitalzuführung der Stadt an die Stadion GmbH im Haushaltsjahr 2020 gem. der Presseerklärung der ADD vom 19. Februar 2020 nicht dem freiwilligen Leistungsbereich anrechnen wird. Nicht hinnehmbar ist jedoch, dass die ADD dies künftig offen lässt und vom Haushaltsverhalten der Stadt, insb. von Steuererhöhungen abhängig macht. Dies führt unweigerlich zu einer Verknüpfung der Frage der Pachtzinsreduzierung mit einer Kannibalisierung der sog. Freiwilligen Leistungen der Stadt bzw. mit finanziellen Belastungen für die Bürgerschaft. Dies führt zu einem massiven Imageverlust des 1. FC Kaiserslautern einerseits und zu Politikverdrossenheit andererseits.

Die Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ kommentierte hierzu am 15. Februar 2020 zutreffend: „Die Stadt braucht hier die Hilfe des Landes, so wie der 1. FCK die Unterstützung der Stadt benötigt. Das Land hat 2003 maßgeblich daran mitgewirkt, dass die Stadt das Fritz-Walter-Stadion übernimmt, der Verein entschuldet und die Fußball-WM 2006 gerettet wird. Das Land muss weiterhin Verantwortung zeigen für ein Projekt, das damals gut war und jetzt lästig für die Stadt geworden ist.“

Die Hilfe für den FCK, besonders auch als Mieter der Stadiongesellschaft, kann und darf nicht daran scheitern, dass das Land nicht erlaubt, den Mietausfall außerhalb der gedeckelten freiwilligen Ausgaben der Stadt zu finanzieren, wie in den beiden letzten Saisons auch. Das Land muss sich gegenüber der Stadt seriös verhalten.“

Der Stadtrat teilt diese Einschätzung und bittet die Landesregierung dringend, die ADD anzuweisen, dass die Kommunalaufsicht den notwendigen Mietausgleich dauerhaft nicht dem freiwilligen Leistungsbereich anrechnet. Nur durch eine klare Abkopplung der ohnehin zu erwartenden Steuererhöhungsdiskussion im Zusammenhang mit der

Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts 2021/22 mit der Entscheidung über die FCK-Stadionmiete, lässt sich eine Befriedung der angespannten Situation erreichen.

Begründung:

Auch wenn es dem Oberbürgermeister in den Verhandlungen mit der Kommunalaufsicht in Trier gelungen ist für dieses Jahr die Anrechnung einer Kapitalzuführung für die Stadiongesellschaft auf die freiwilligen Leistungen zu verhindern, so ist das noch lange nachhaltige Ergebnis.

Wir sind unverändert der Auffassung, dass die ADD zu diesem Thema nicht der richtige Gesprächspartner ist. Das Finanzierungsmodell der Fritz-Walter-Stadiongesellschaft wurde federführend vom damaligen Finanzstaatssekretär (und späteren Finanzminister) Ingolf Deubel (SPD) entworfen. Da sich dieses Modell nunmehr aufgrund des sportlichen Misserfolgs des 1. FCK als nicht nachhaltig erwiesen hat, steht die Landesregierung in der Pflicht, gemeinsam mit der Stadt Kaiserslautern endlich ein langfristig tragbares Finanzierungsmodell zu finden, welches der Stadt und dem FCK Planungs- und Rechtssicherheit gibt, und zwar unabhängig von der tagesaktuellen sportlichen Situation des FCK als einzigem Pächter des Stadions. Da dieses Thema offenkundig auch eine landespolitische Dimension hat, fordern wir den Oberbürgermeister daher auf, nicht länger mit der Mittelbehörde ADD zu verhandeln, sondern mit der Landesregierung. Ansprechpartner hier ist insb. der Innen- und Kommunalminister Roger Lewentz, der gegenüber der ADD entsprechen weisungsbefugt ist.

Zur Verantwortung des Landes verweist die CDU-Fraktion u. a. auf die Beschlussvorlage des ehem. Finanzstaatssekretärs Deubel für den Landtag über die Gründung der Stadiongesellschaft und die Grundzüge eines Sanierungskonzepts. Dort heißt es wörtlich:

„Das beschriebene Konzept setzt einen Verbleib des Vereins in der 1. Fußball-Bundesliga voraus. Sollte der Verein in Zusammenarbeit mit PwC Planzahlen vorlegen können, die eine wirtschaftliche Tragfähigkeit des Konzepts ohne zusätzliche Mittel von Seiten der Gläubiger bzw. der Stadt und dem Land auch in der 2. Fußball-Bundesliga hinreichend sicher erscheinen lassen, **kann hierüber nochmals verhandelt werden.**“

Der Geburtsfehler dieses Konzepts war eben die Annahme eines dauerhaften Verbleibs des 1. FCK in der Ersten Liga. Die Zugehörigkeit des FCK zur Zweiten oder gar Dritten Liga sieht dieses Konzept leider nicht vor. Allerdings hat das Land durchaus Nachverhandlungen für den Abstiegsfall damals in Aussicht gestellt. Jetzt ist es an der Zeit, die Landesregierung daran zu erinnern. Das Land steht eindeutig in der Pflicht in Nachverhandlungen einzutreten.

Dass die jetzige Landesregierung von ihren damaligen Konzepten und Zusagen heute nichts mehr wissen will ist beschämend. Die finanzielle Schieflage die den 1. FCK 2002/2003 an den Rand der Insolvenz getrieben hat, lag neben sportlichen

Fehlentscheidungen, überbordenden Prämienzahlungen für Spielervermittler und steuerlichen Vergehen der alten FCK-Führung auch an horrenden Kostensteigerungen beim Ausbau des damals vereinseigenen Stadions zu einer WM-Arena. Die Austragung der Fußball-WM 2006 in Rheinland-Pfalz sollte aber durch Probleme des FCK nicht tangiert werden. Ministerpräsident Kurt Beck wollte den WM-Standort in Rheinland-Pfalz nicht gefährden. Daher beauftragte er seinen Finanzprofessor Deubel ein entsprechendes Konzept zu entwerfen.

Die jetzige Landesregierung steht in der Pflicht die Stadt mit diesem Problem nicht alleine zu lassen. Sie muss sich vielmehr das Handeln der Vorgängerregierungen zurechnen lassen. Sich einfach darauf zurückzuziehen, dass das Land in der Vergangenheit ja bereits mehrfach geholfen habe, ist angesichts der finanziellen Situation der Stadt Kaiserslautern keine akzeptable Haltung.

Das sehen auch die Grünen so, die zu diesem Thema auch deutlich auf die Verantwortung des Landes hingewiesen haben. Das mag zwar auf den ersten Blick verwundern, weil die Grünen ein Teil der Landesregierung stellen. Auf den zweiten Blick wundert es aber nicht mehr, wenn man weiß dass die Landtagsfraktion der Grünen von Anfang an das Deubelsche Konzept äußerst kritisch begleitet hat. So hat die damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen, Frau Ise Thomas, in den Jahren 2002 und 2003 die damalige sozialliberale Landesregierung mit kritischen Anfragen überhäuft und die Konstruktion mehrfach in Frage gestellt. Und die Grünen sollten Recht behalten.

Denn die in dem Konzept angelegte Wette auf den sportlichen Erfolg des 1. FC Kaiserslautern geht eigentlich schon seit dem Jahr 2006 nicht mehr gut, als der FCK zum zweiten Mal abgestiegen und danach auch nicht gleich wieder aufgestiegen ist. Neben der verlorenen Sportwette im Konstrukt von Prof. Deubel ging leider auch die Zinswette verloren. Trotz der ausdrücklichen Warnung des Grünen Landtagsabgeordneten Reiner Marz in einer kleinen Anfrage vom 9. März 2006 wurde ein endfälliges Darlehen abgeschlossen. Herr Marz ging in seiner Ausführung so weit festzustellen, dass seitens der ADD allein aus Gesetzeskraft nicht zugestimmt werden könnte und der Stadt eine selbstschuldnerische Bürgschaft in der Höhe von 70 Millionen € zu untersagen sei. Über diese Gesetzeslage wurde sich seitens der Landesregierung hinweggesetzt. Durch stark gefallene Zinsen entwickelte sich das endfällige Darlehen mit festem Zinssatz ebenfalls zu einer verlorenen Wette. Durch die nachgewiesenen Warnungen und das Hinwegsetzen über diese Warnungen und aus gutem Grund erlassenen Gesetze hat auch in diesem Fall das Land gemeinsam mit der Stadt eine politische Verantwortung übernommen.

Damals stellte sich das Problem der Reduzierung der Stadionmiete zum ersten Mal für die Stadt. Die CDU-Landtagsfraktion hatte damals schon die

Landesregierung aufgefordert, die Stadt mit diesem Problem nicht allein zu lassen. So titelte die Rheinpfalz vom 11.04.2008: „Baldauf drängt auf Mainzer Hilfe für die Stadt.“

Es war aber nicht nur die CDU, die das gefordert hat, sondern auch die FDP - bis 2006 noch Koalitionspartner der SPD – forderte in der Landtagssitzung vom 05.06.2008 die Landesregierung zum Handeln auf. So erklärte der damalige Abgeordnete Auler:

„Im Jahr 2003, nachdem Kaiserslautern den Zuschlag erhalten und der Umbau des Stadions begonnen hatte, stellte sich heraus, dass im Hinblick auf offensichtlich nicht vorhergesehene Mehrkosten und auf die zwischenzeitlich veränderte Finanzlage des 1. FC Kaiserslautern eine Fertigstellung des Stadions in Gefahr geraten würde. Ein Scheitern dieser Maßnahme wäre nicht nur für den 1. FC Kaiserslautern, sondern auch für die Stadt Kaiserslautern sowie für das Land Rheinland-Pfalz ein schwerer Schaden gewesen...

Das Konzept zur Fertigstellung des Stadions basierte unter anderem auch auf einer Prognose hinsichtlich der sportlichen und damit der wirtschaftlichen Entwicklung des Vereins 1. FC Kaiserslautern, da die vom Verein übernommenen Verpflichtungen im Sanierungskonzept nur bei wirtschaftlichem Erfolg zu tragen waren. Insofern beinhaltete das Konzept ein Prognoserisiko, welches sich in Zukunft verwirklichen konnte...

Wir erwarten, dass im Hinblick auf die jetzt entstandene Lage in Ruhe ein tragfähiges Konzept entwickelt wird, mit dem die durch das Eintreten des Prognoserisikos entstandenen Lasten angemessen unter den Beteiligten aufgeteilt und getragen werden.“

Auch der FDP-Abgeordnete Eymael forderte von der Landesregierung die Stadt Kaiserslautern in dieser Form nicht allein in der Verantwortung zu belassen. Auf seine Frage wie die Landesregierung gedenke den schlingernden Kurs der Stadiongesellschaft wieder in ruhiges Fahrwasser zu bringen, erklärte Prof. Deubel – 2008 dann schon als Finanzminister -, dass mit dem Abstieg des FCK eine Situation eingetreten sei, die auch damals bereits diskutiert wurde. In den Risikoszenarien wäre selbstverständlich enthalten gewesen: erste Liga, zweite Liga oberer Bereich, zweite Liga unterer Bereich und Abstieg aus der zweiten Liga! Das habe zur Risikoabschätzung dazu gehört. Anschließend attestierte er der Stadt völlig richtig gehandelt zu haben, dass sie eben nicht die Insolvenz des Vereins herbeiführt, weil die Insolvenz des Vereins dazu führen würde, dass die Stadt die gesamten Schulden der Stadiongesellschaft allein hätte bedienen müssen. Er nehme an, dass das auch für die nächste Zweitliga-Saison so sein muss, weil der Verein sonst unten überhaupt nicht herauskommen wird und die Stadt sich schädigen würde, weil sie dann den Ast, auf dem sie sitzt, absägen würde. Und jetzt kommt die entscheidende Aussage auf die Frage, Zitat Finanzminister Deubel: „Natürlich hat das Land Verständnis dafür, dass die

Kommune in einer solchen Situation auch in Richtung Land schaut und mit dem Land Gespräche aufgenommen hat. Diese Gespräche laufen. Es sind gute Gespräche. Gehen Sie davon aus, sie werden auch zu guten Ergebnissen führen.“

Wir fragen uns, was eigentlich aus diesen angeblich guten Gesprächen geworden ist? Zu welchen angeblich guten Ergebnissen haben sie geführt? Und warum werden diese Gespräche nicht mehr fortgeführt? Diese Aussage des Finanzministers war sicherlich noch keine dauerhafte verbindliche Zusage der Landesregierung. Aber man hat der Stadt zumindest eine Beteiligung des Landes in Aussicht gestellt und danach auch tatsächlich gewährt. Es wurde klar deutlich, dass sich das Land auch selbst in der Pflicht sieht. Und jetzt, 12 Jahre später, kann das Land doch nicht einfach sagen, das ist euer Problem, das geht uns nichts mehr an. Schaut zu wie ihr selbst klar kommt.

Die CDU-Fraktion hat bereits seit Jahren ein Konzept eingefordert, dass den langfristigen Spielbetrieb des FCK unabhängig von seiner Ligaangehörigkeit sichern sollte.

Fakt ist jedenfalls, dass wir eine langfristig tragbare Lösung brauchen, und dazu muss das Land wieder mit ins Boot. Denn was die bereits vor zwei Jahren für alle Beteiligten schädliche Debatte um die sog. FCK-Steuer und die massiven Bürgerproteste dagegen eindrucksvoll gezeigt haben ist doch folgendes: „Eine befriedigende Lösung wird es ohne ein zählbares Engagement des Landes in der Sache nicht geben.“ *(so hat die Rheinpfalz bereits vor über zwei Jahren (am 26.01.2018) völlig zutreffend kommentiert)* . Genauso ist es. Und deshalb bitten wir die anderen Fraktionen um Zustimmung zu unserem Antrag.